



Der Schweizer Erweiterungsbeitrag

Jahresbericht 2017 und
Bilanz zum Abschluss der
Länderprogramme in den
EU-10 Staaten 



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

**Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA**

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Titelbild links: In Estland, Litauen, Polen, Slowenien und Ungarn förderte die Schweiz die Nutzung erneuerbarer Energien und die Erhöhung der Energieeffizienz. Gesellschaft investierte die Schweiz in den EU-10 Staaten 155 Millionen Franken in diesen Bereich. Der jährliche Kohlendioxidausstoss reduziert sich dank den Massnahmen um rund 100'000 Tonnen pro Jahr. © Lauri Laanemets, SECO

Titelbild rechts: In Litauen rüstete die Schweiz 27 Geburtskliniken mit modernen medizinischen Geräten aus, unterstützte die Weiterbildung von 2'300 Pflegerinnen und Pflegern und beteiligte sich an energieeffizienten Renovationen. Die Schweiz förderte die litauische Neugeborenenmedizin bereits mit ihrer Transitionshilfe in den 90er Jahren. Diese langjährige Unterstützung trug massgeblich zur Senkung der Säuglingssterblichkeit um 80% gegenüber 1992 bei. © DEZA

Liebe Leserinnen und Leser

Im Juni 2017 ist die zehnjährige Umsetzungsfrist des Schweizer Erweiterungsbeitrags an diejenigen Länder abgelaufen, welche der Europäischen Union (EU) im Jahr 2004 beigetreten sind (EU-10 Staaten). Insgesamt hat die Schweiz in der EU-10 Staaten mit einem Beitrag von einer Milliarde Franken 210 Projekte unterstützt. Im vorliegenden Jahresbericht ziehen das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO und die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA Bilanz: Konnte der Beitrag den Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der EU wirksam unterstützen?

Die Resultate dieser zehn Jahre sind eindrücklich: Im Umweltbereich entlasten Investitionen in die Energieeffizienz und erneuerbare Energien die Atmosphäre um jährlich rund 100'000 Tonnen CO₂, die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs wurde gesteigert und 130'000 Tonnen Asbest fachgerecht entsorgt. Die Projekte zur Förderung des Wirtschaftswachstums schufen mehr als 5'000 Stellen und ermöglichten dank 88 Forschungspartnerschaften zwischen der Schweiz und den EU-10 Staaten die Anmeldung von 28 neuen Patenten. Die Schweiz hat auch einen wichtigen Beitrag zu den laufenden Reformen


im Sozialbereich geleistet. Beispielsweise hat die Einführung neuer Therapien die Lebensbedingungen von unterstützungsbedürftigen Menschen in 93 Heimen verbessert. Zum Schutz der öffentlichen Sicherheit erhielten mobile Einsatzgruppen an der Schengen-Aussengrenze 105 Spezialfahrzeuge und investierten in Weiterbildungsmassnahmen. Zur Stärkung der Zivilgesellschaft unterstützte die Schweiz ausserdem rund 800 Nichtregierungsorganisationen insbesondere in den Bereichen Umweltschutz und Gesundheit.

Dieser Beitrag zu einem sicheren, stabilen und prosperierenden Europa liegt im Interesse der Schweiz. Sie wird als zuverlässige und innovative Partnerin wahrgenommen, die sich konstruktiv an der Lösung grenzüberschreitender Herausforderungen in Europa beteiligt. Denn hinter den Zahlen stehen immer Menschen. Menschen, die ihre Ideen verwirklichen und ihre Lebensumstände verbessern konnten. Dadurch sind zahlreiche Partnerschaften entstanden, welche die Schweiz und die Partnerländer in der EU auch in Zukunft verbinden werden.

Wir wünschen Ihnen eine gute Lektüre.



Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch
Staatssekretärin
Direktorin des SECO



Manuel Sager
Botschafter
Direktor der DEZA

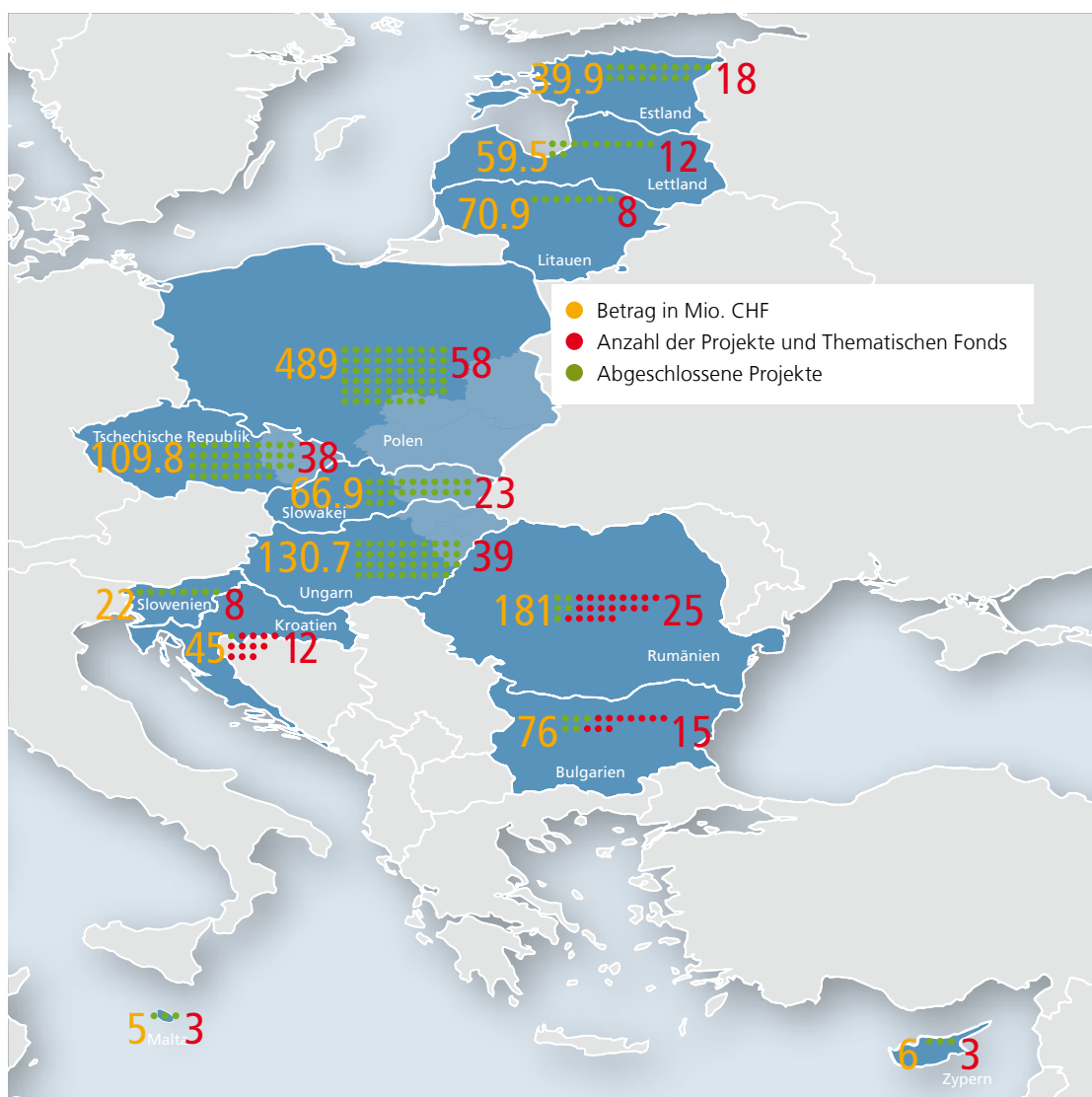


Der Erweiterungsbeitrag in Kürze

Mit dem Erweiterungsbeitrag von insgesamt 1,302 Milliarden Franken unterstützt die Schweiz autonom bilaterale Projekte in denjenigen Ländern, welche der Europäischen Union (EU) seit dem Jahr 2004 beigetreten sind (EU-13). Der Erweiterungsbeitrag trägt dazu bei, die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU abzubauen. Er basiert auf dem Volksentscheid von 2006, bei dem die Schweizer Stimmberechtigten das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas genehmigt haben.

Der Erweiterungsbeitrag ist ein Zeichen der Solidarität und der Verantwortung der Schweiz. Er beruht

aber auch auf Eigeninteresse: Mit den Projekten werden zahlreiche Partnerschaften gefördert. Durch die Zusammenarbeit festigt die Schweiz die Beziehungen zu den neuen EU-Mitgliedstaaten und zur gesamten EU. Der Erweiterungsbeitrag ist ein wichtiger Teil der Schweizer Europapolitik und stärkt das Ansehen der Schweiz. Dadurch erhöhen sich auch die Chancen der Schweizer Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen in der EU. Ein weiteres Ziel ist es, zur Lösung von grenzüberschreitenden Herausforderungen wie beispielsweise dem Klimaschutz oder der Bekämpfung der organisierten Kriminalität beizutragen.

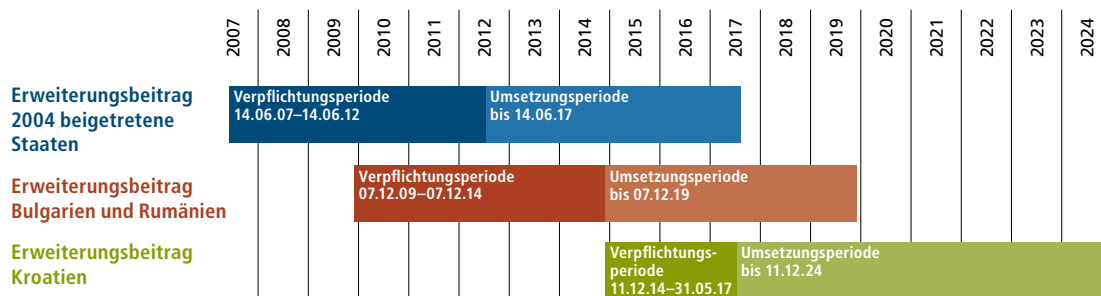


Karte: Die Aufteilung des Erweiterungsbeitrags auf die 13 Partnerstaaten (EU-13 Staaten) erfolgte auf Basis der Bevölkerungsgrösse und des Pro-Kopf-Einkommens. Die Schweiz entschied in Absprache mit den Partnerländern und unabhängig von der EU, welche Projekte sie unterstützt.

2017 haben Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern (EU-10 Staaten) ihre Projekte abgeschlossen. Die Projekte in Bulgarien, Kroatien und Rumänien sind in Umsetzung. Die noch laufenden Projekte werden von der DEZA und dem SECO sowie

den Schweizer Büros in den Partnerstaaten effizient und wirksam begleitet. Die Partnerländer tragen in der Regel mindestens 15% der Projektkosten selber. Bei Verdacht auf Unregelmässigkeiten kann die Schweiz Auszahlungen stoppen und unrechtmässig ausbezahlte Beiträge zurückfordern.

Zeitlicher Rahmen des Erweiterungsbeitrags



Grafik 1: Die Projekte des Erweiterungsbeitrags müssen innerhalb von zehn Jahren abgeschlossen sein. In der Verpflichtungsperiode wird festgelegt, welche Projekte wie durchgeführt werden. Danach folgt die Umsetzungsperiode, innerhalb derer alle Projekte abgeschlossen werden müssen.

Der Erweiterungsbeitrag in Zahlen:

1,302 Milliarden Franken zur Verringerung wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten in der erweiterten EU	13 Partnerstaaten: Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern
82% der für die Projekte verpflichteten Mittel in den EU-13 Staaten ausbezahlt	222 von 263 Projekten in den EU-13 Staaten abgeschlossen
5 Projektziele: Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern; Soziale Sicherheit erhöhen; Umwelt schützen; Öffentliche Sicherheit erhöhen; Zivilgesellschaft stärken	10% des Erweiterungsbeitrags kamen den in den Programmen involvierten Schweizer Unternehmen, Hochschulen und anderen Schweizer Institutionen zugute

Gute Noten für den Erweiterungsbeitrag – kein Grund sich zurückzulehnen

Die in den vergangenen Jahren von der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) durchgeführten Audits und die unabhängige, externe Evaluation von 2015/2016 bestätigen, dass sich das Konzept des Erweiterungsbeitrags bewährt hat und seine Umsetzung ordnungsgemäss erfolgt ist. Die Evaluation hat ergeben, dass der Beitrag erfolgreich umgesetzt wurde und die Projekte einen positiven Beitrag zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den 13 Partnerländern leisten. Bei der grossen Mehrheit der Projekte wurden und werden die Ziele erreicht oder sogar übertroffen.

Praktisch alle Empfehlungen der EFK und des Evaluationsberichts sind, soweit sie den laufenden Erweiterungsbeitrag betreffen, bereits umgesetzt. Entsprechend den Empfehlungen der EFK verringert beispielsweise die noch engere Projekt-

begleitung die Missbrauchsrisiken in Bulgarien und Rumänien.

Im Hinblick auf einen allfälligen zweiten Beitrag enthält die Evaluation insbesondere folgende Empfehlungen:

- Stärkere Konzentration auf Themen und Regionen;
- Vereinfachung der Projektgenehmigung, aber ohne die Qualität zu beeinträchtigen;
- Klarere Vorgaben und schlankeres System für die Berichterstattung auf der Projektebene;
- Verstärkung der Kommunikationsmassnahmen in den Partnerländern.

DEZA und SECO sehen das Verbesserungspotenzial und wollen dieses nutzen.

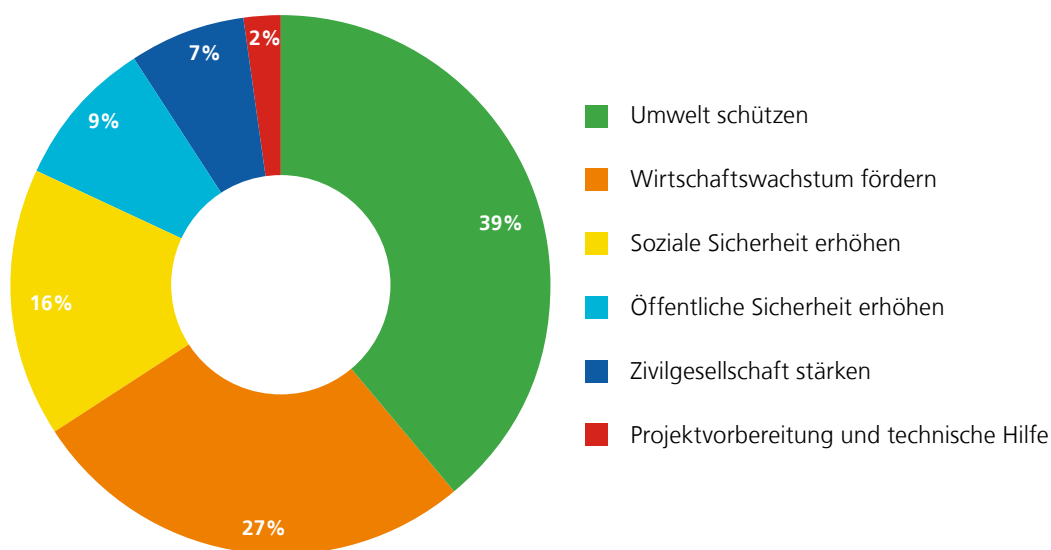
Resultate in den EU-10 Staaten

Die 5 Ziele des Erweiterungsbeitrags

Der Erweiterungsbeitrag trägt zum Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU bei. Um dies zu erreichen, werden die Umwelt besser geschützt und das Wirtschaftswachstum gefördert. Ein weiterer Fokus liegt auf den Bereichen soziale und öffentliche Sicherheit sowie Stärkung der Zivilgesellschaft.

Seit 2017 sind die Länderprogramme in den EU-10 Staaten abgeschlossen. Dieser Jahresbericht legt daher den Schwerpunkt auf die Resultate in den EU-10 Staaten. In den verschiedenen Zielbereichen hat die Schweiz relevante Beiträge zur Lösung von Problemen und zur Verbesserung der Lebensumstände ei-

ner Vielzahl von Menschen geleistet. Zudem dienen die Resultate vieler Projekte als Modellbeispiele für die Anwendung in anderen Landesteilen und für weiterführende System- und Politikreformen in den Partnerländern. Die Wirkungen des Erweiterungsbeitrags lassen sich in den gesamtwirtschaftlichen Statistiken kaum nachweisen. In ihrer Gesamtheit tragen die Programme und Projekte des Erweiterungsbeitrags jedoch zum Abbau von Ungleichheiten in der erweiterten EU bei. Die folgenden Kapitel illustrieren dies anhand von Beispielen. Der Anhang des Jahresberichts gibt einen vertieften Einblick in einzelne Projekte.



Grafik 2: Aufteilung des Erweiterungsbeitrags an die EU-10 Staaten nach Zielen

„Es ist besonders erfreulich, dass die Zusammenarbeit eine universelle Dimension hatte. Es ging nicht nur darum Investitionen zu unterstützen. Es ging auch um den Zugang zu hochwertiger Expertise.“
Paweł Chorąży, Unterstaatssekretär im polnischen Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung über den Schweizer Beitrag an Polen

Umwelt schützen

In den EU-10 Staaten kamen rund 371 Millionen Franken des Erweiterungsbeitrags Projekten zugute, die dem Umweltschutz dienen. Dazu gehören Infrastrukturprojekte, die die Energieeffizienz, die Nutzung erneuerbarer Energien, den öffentlichen Verkehr, die Entsorgung von Sonderabfällen, die Abwasserreinigung, die Trinkwasserversorgung sowie die Umweltüberwachung fördern. Da die Umweltverschmutzung und insbesondere der Klimawandel keine Landesgrenzen kennen, sind diese Projekte auch im Interesse der Schweiz. Für die Schweiz als eine der führenden Cleantech-Nationen eröffnet dieser Bereich neue Absatzmärkte.



Energieeffizienz und erneuerbare Energie

Dank des Schweizer Erweiterungsbeitrages konnten in Estland, Litauen, Polen, Slowenien und Ungarn die Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien in 25'000 Haushalten und rund 500 öffentlichen Gebäuden erhöht werden. In Polen wurde ein mit Biomasse betriebenes Heizkraftwerk gebaut und in Slowenien eine 648 Meter lange Lärmschutzwand mit Solarzellen bestückt. Der jährliche Kohlendioxidausstoss reduziert sich dank diesen Massnahmen um rund 100'000 Tonnen pro Jahr. Wichtig war bei diesen Projekten auch die Sensibilisierung der Bevölkerung für den Klimaschutz und der fachliche Austausch mit Schweizer Fachkräften.

Beitrag an die EU-10 Staaten: 155,4 Millionen Franken.



Öffentlicher Verkehr

In Polen und der Tschechischen Republik profitieren die Fahrgäste von Verbesserungen im öffentlichen Verkehr. Finanziert wurden neue Züge, Bahnhöfe, Tram- und Trolleybuslinien sowie Tramhaltestellen. Es fand auch ein Austausch mit Schweizer Fachkräften statt. Die stärkere Nutzung des öffentlichen Verkehrs trägt zur Reduktion der Treibhausgasemissionen und zur Verbesserung der lokalen Luftqualität bei.

Beitrag an die EU-10 Staaten: 67,6 Millionen Franken.



Abfallentsorgung

44'000 polnischen Haushalte haben asbesthaltige Materialien von ihren Hausdächern entfernt. Dank diesen Gebäudesanierungen konnten 130'000 Tonnen asbesthaltige Materialien umweltgerecht und dauerhaft entsorgt werden. Fünf Gemeinden beteiligten sich ausserdem am Bau einer neuen Entsorgungsanlage und sanierten vier Deponien. In Lettland wurden auf dem Hafengelände Rigas 1'700 Tonnen flüssige Ölschichten abgepumpt und 7'000 Tonnen verschmutzter Boden abgetragen. Dadurch reduzierte sich die Grundwasserverschmutzung um 60-70%. Die Beratung und der Austausch mit Schweizer Fachkräften sowie eine Schweizer Technologie zur Überwachung der Sanierung trugen zum Gelingen des Projekts bei.

Beitrag an die EU-10 Staaten: 48,8 Millionen Franken.



Die Schweiz förderte in Polen zehn Projekte im Bereich Nutzung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz. In mehreren Schulen fanden Lehrveranstaltungen zum Thema statt. Das Bild zeigt eine Preisverleihung für Kinder, die an einem Kunst-Wettbewerb zum Thema Solarenergie teilgenommen haben. © SECO

„Die ganze Region hat ein besseres Verständnis für die Vorteile erneuerbarer Energien entwickelt.“ Rok Šimenc, Direktor der regionalen Entwicklungsagentur BSC Kranj über die Informationskampagne im Rahmen der Energieprojekte in Slowenien.



Abwasserreinigung

In acht slowakischen Gemeinden wurden 90 Kilometer Kanalnetz neu gebaut oder modernisiert. Dadurch können 10'000 Personen an das Kanalisationsnetz angeschlossen werden. Dies trägt nicht nur zum Gewässerschutz bei, sondern verbessert auch die Lebensbedingungen in den Gemeinden. Der Bau einer Kläranlage zur Behandlung von Industrie- und Haushaltsschlamm konnte in Zypern die Entsorgung von verschmutztem Abwasser regeln und damit die Umweltverschmutzung reduzieren.

Beitrag an die EU-10 Staaten: 30,9 Millionen Franken.



Trinkwasserversorgung

In Ungarn wurden 150 Kilometer Rohrleitungen renoviert oder neu verlegt. 200'000 Personen profitieren so von besserer Wasserqualität und tieferen Wartungskosten.

Beitrag an die EU-10 Staaten: 24,9 Millionen Franken.



Biodiversität

Massnahmen wie der Schutz von 4'000 Hektaren Naturlandschaft erhöhen die Artenvielfalt bei Tieren und Pflanzen in Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarn. In vielen Fällen entstanden Partnerschaften mit Schweizer Naturschutzorganisationen. Zudem wurden tausende Personen aus der Verwaltung, Land- und Forstwirtschaft geschult. In einigen Ländern wurde viel Wert auf die Sensibilisierung von Kindern im Grundschulalter gelegt. So wurden in Ungarn mehr als 200'000 Kinder und Jugendliche direkt in Naturschutz-Aktivitäten einbezogen.

Beitrag an die EU-10 Staaten: 24,1 Millionen Franken.



In Lettland wurden auf dem Hafengelände Rigas 1'700 Tonnen flüssige Ölschichten abgepumpt und 7'000 Tonnen verschmutzter Boden abgetragen. Dies ist mehr als doppelt so viel wie ursprünglich geplant. Die Grundwasserverschmutzung reduzierte sich um 60-70%. © SECO



In Polen und der Tschechischen Republik unterstützte der Erweiterungsbeitrag den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. © SECO



Umweltüberwachung

Dank der Modernisierung der Laboratorien und Überwachungsstationen von 16 Inspektoraten, Agenturen und Forschungsanstalten in Estland und Ungarn können Abfalldeponien, Wasser, Luft, Radioaktivität und Naturgefahren besser überwacht werden. Die flächendeckenden und zuverlässigen Umweltdaten braucht es nicht nur, um diverse EU-Richtlinien umzusetzen. Sie ermöglichen es den Behörden auch, fundierte und wirksame Entscheidungen zum Schutz der Umwelt zu treffen. Die Projekte ermöglichten den Austausch mit Schweizer Fachkräften, und eine Schweizer Firma erhielt den Lieferauftrag für Hard- und Software zur Echtzeitvermessung mit GPS.

Beitrag an die EU-10 Staaten: 19,3 Millionen Franken.

„Das Projekt wird die Lebensqualität der Menschen verbessern.“ Miroslav Michalka, slowakischer Bürgermeister über die von der Schweiz mitfinanzierte Modernisierung der Abwasserreinigung in acht slowakischen Gemeinden

Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern

In den EU-10 Staaten unterstützte die Schweiz mit 257,7 Millionen Franken Projekte, die das Wirtschaftswachstum fördern und die Arbeitsbedingungen verbessern. Dazu gehören der Zugang zu langfristiger Finanzierung für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU), Forschungs- und Stipendienprogramme, die Unterstützung strukturschwacher Regionen, die Anwendung internationaler Normen im Bereich der Rechnungslegung sowie die Förderung von Berufsbildung und sozialer Verantwortung der Unternehmen. Auch die Schweizer Exportindustrie und Investoren profitieren von den osteuropäischen Wachstumsmärkten und von einem günstigen Umfeld zum Aufbau neuer Geschäftsbeziehungen. Dies trägt letztlich zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Schweiz bei. Der starke Fokus des Erweiterungsbeitrags auf die bilaterale Forschungszusammenarbeit stärkt ausserdem den Forschungsstandort Schweiz.



Finanzierung für KMU

Durch den Erweiterungsbeitrag erhielten mehr als 2'000 Unternehmen in Lettland, Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn Mikrokredite, Risikokapital und Garantien für Investitionskredite. Dies sicherte rund 4'000 Arbeitsplätze. Nach Programmabschluss laufen die Fonds weiter und sichern künftig weitere Arbeitsplätze. Diese Projekte eröffneten auch Geschäftsmöglichkeiten für einen Schweizer Investitionsfonds.

Beitrag an die EU-10 Staaten: 86,1 Millionen Franken.



Forschung und Entwicklung

Die Schweiz hat 88 Forschungspartnerschaften finanziert und ermöglichte so die Anmeldung von 28 neuen Patenten. Qualitativ hochwertige Grundlagenforschung wurde in ausgewählten wissenschaftlichen Themen (wie erneuerbare Energien, Umwelt oder Gesundheit) durchgeführt. Dies ist ein wesentlicher Standortfaktor für Unternehmensentwicklung und schafft attraktive Arbeitsplätze. Ausserdem konnten rund 545 junge Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zwischen 2011 und 2017 an mehrmonatigen Forschungsaufenthalten in der Schweiz teilnehmen. Insgesamt haben die Forschungspartnerschaften wesentliche Ergebnisse für die Lösung von globalen Herausforderungen ermöglicht, beispielsweise zur Lagerung radioaktiver Abfälle oder in der Schmerzforschung. Entsprechend positiv hat die internationale Forschungsgemeinschaft auf die Publikationen der Partnerinstitutionen in renommierten Zeitschriften reagiert. Dies wiederum erlaubte den Forschenden, international vernetzt zu bleiben. Dies sind günstige Bedingungen für einen langfristigen Wissensaustausch mit Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn.

Beitrag an die EU-10 Staaten: 83,5 Millionen Franken.

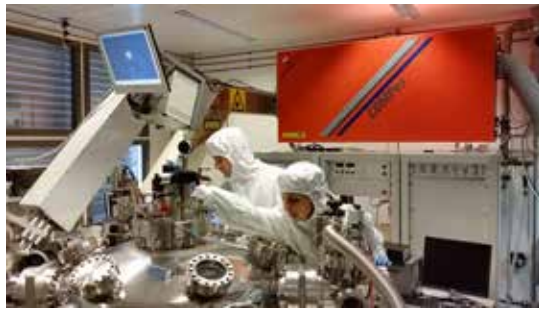


Regionale Entwicklung und Beschäftigung

Die Schweiz hat einen Beitrag zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in strukturschwachen Regionen der Slowakei, Polens und Ungarns geleistet. In insgesamt 15 Projekten wurden mehr als 24'000 Personen ausgebildet, rund 160 Unternehmen gegründet, 900 Arbeitsplätze geschaffen, sowie weitere 1'000 lokale Kleinunternehmen und landwirtschaftliche Betriebe unterstützt. Der Ausbau von sportlichen und kulturellen Einrichtungen sowie der Aufbau von Tourismuszentren mit modernen Informationssystemen machen die Regionen attraktiver für den Tourismus.

Beitrag an die EU-10 Staaten: 60,9 Millionen Franken.

„Dank meinem Aufenthalt in der Schweiz konnte ich mein Forschungsgebiet erweitern. Ich habe Techniken und Forschungsmethoden kennengelernt, die in Ungarn bis zu diesem Zeitpunkt unbekannt waren.“ Peter Matus, Post-Doktorand aus Ungarn über das Schweizer Stipendienprogramm SCIEX.



88 bilaterale Forschungspartnerschaften ermöglichten die Anmeldung von 28 neuen Patenten. © DEZA

„Manchmal ist ein finanzieller Engpass das einzige Hindernis, um Ideen zu verwirklichen.“ Rolands Paņko, Vorstandsvorsitzender der lettischen Entwicklungsbank Altum über das von der Schweiz mitfinanzierte Mikrokreditprogramm.



Regulierung des Finanzsektors

Der Erweiterungsbeitrag finanzierte die Weiterbildung von Behörden und Verbänden in der Anwendung internationaler Normen im Bereich Rechnungslegung und Buchprüfung. Wichtig war bei diesen Projekten der internationale Erfahrungsaustausch, unter anderem mit Schweizer Aufsichtsorganen. International vergleichbare Rechnungslegungen und nachvollziehbare Abschlussprüfungen verbessern das Investitionsklima und die Stabilität des Finanzsektors in Estland, Lettland, Polen, Slowenien und der Tschechischen Republik.

Beitrag an die EU-10 Staaten: 16,8 Millionen Franken.



Berufsbildung

Berufsbildungsprogramme in der Slowakei und auf Zypern erleichtern Jugendlichen den Einstieg ins Berufsleben und tragen zur Minderung der Jugendarbeitslosigkeit bei. 2017 haben 440 Jugendliche in der Slowakei die mit dem Erweiterungsbeitrag entwickelten praxisnahen Ausbildungsprogramme absolviert. Aufgrund der positiven Projekterfolge hat die slowakische Regierung eine nationale Rechtsgrundlage für ein duales Bildungssystem geschaffen, das teilweise auf dem Schweizer Modell basiert.

Beitrag an die EU-10 Staaten: 5,5 Millionen Franken.



Soziale Verantwortung der Unternehmen

Pilotprojekte in 177 polnischen KMU stärken die soziale Verantwortung der Unternehmen.

Beitrag an die EU-10 Staaten: 4,9 Millionen Franken.

Die Unterstützung von KMU mit Mikrokrediten, Risikokapital und Garantien sicherte 4'000 Arbeitsplätze in Lettland, Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn.
© SECO



Soziale Sicherheit erhöhen

Mit 145,4 Millionen Franken wurde eine breite Palette von Massnahmen für mehr soziale Sicherheit finanziert. Im Zentrum standen dabei ältere und kranke Menschen, Personen mit Behinderung sowie benachteiligte Gruppen wie die Roma-Minderheiten. Chancengleichheit und Integration bauen soziale Spannungen ab, was letztlich auch der Schweiz nützt. Die Projekte im Gesundheitsbereich eröffneten ausserdem Chancen für die Schweizer Medtech-Industrie.



Sozialdienste für benachteiligte Zielgruppen

Renovationen, Ausrüstung und Weiterbildung erhöhen die Lebensqualität in 50 polnischen, slowakischen und tschechischen Heimen für ältere Personen oder Menschen mit Behinderung. Zehn neue slowakische Gemeindezentren förderten mit Ausbildungsangeboten, Beratung und Aufgabenhilfe die Integration der Roma. In Estland entstanden 14 zeitgemässe Wohnzentren, was rund 95 elternlosen Kindern ermöglicht, in einer geschützten Umgebung aufzuwachsen. In Ungarn unterstützte die Schweiz ein Stipendienprogramm für Jugendliche aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen, welche dadurch bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. In Lettland förderte die Schweiz 26 Jugendzentren. Damit verbunden war auch die Ausbildung von Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeitern.

Beitrag an die EU-10 Staaten: 49,9 Millionen Franken.



Modernisierung von Spitälern

Die Schweiz rüstete in Litauen 27 Geburtskliniken mit modernen medizinischen Geräten aus. Mehr als 2'300 Pflegerinnen und Pfleger haben an Schulungen teilgenommen. Der Erweiterungsbeitrag knüpfte an die Schweizer Transitions-hilfe in den Neunzigerjahren an, die die Gesundheit von Müttern und Kindern in Litauen bereits verbesserte. Die langjährige, umfassende Unterstützung im Aus- und Aufbau der litauischen Neugeborenenmedizin trug massgeblich zur Senkung der Säuglingssterblichkeit um 80% gegenüber 1992 bei. Weiter hat die Bevölkerung in Malta und Zypern dank dem Erweiterungsbeitrag besseren Zugang zu Krebsdiagnostik und Radiotherapie erhalten. In Estland verbessert ein Bewegungsapparat die Genesung von Verunfallten. Bei all diesen Projekten waren Partnerschaften mit Schweizer Spitälern sowie die Lieferung von Schweizer Medizinprodukten von Bedeutung.

Beitrag an die EU-10 Staaten: 35,3 Millionen Franken.



Basisgesundheitsdienste

Die Schweiz finanzierte die Renovation und Ausrüstung von neun Gesundheitszentren in der Tschechischen Republik, in denen Menschen mit chronischen und unheilbaren Krankheiten behandelt werden. Medizinische Angestellte und NROs im Bereich der Palliativ- und Langzeitpflege konnten Aus- und Weiterbildungskurse absolvieren, die zu einem würdevollen Leben für betreuungsbedürftige ältere Personen beitragen. Insbesondere in ländlichen, benachteiligten Regionen bestand Handlungsbedarf. So erhielten in Ungarns Nordosten 50'000 Personen in abgelegenen Gebieten besseren Zugang zu neu konzipierten Gruppenpraxen, welche Prävention, Beratung und Behandlung anbieten. Die Resultate des Pilotprojekts dienen nun als Basis für die landesweite Einführung des Modells.

Beitrag an die EU-10 Staaten: 24,2 Millionen Franken.



Renovationen, Ausrüstung und Weiterbildung erhöhen die Lebensqualität in 93 estnischen, lettischen, polnischen, slowakischen und tschechischen Heimen. © Polnisches Gesundheitsministerium



Verschiedene soziale Dienstleistungen

In Lettland erleichtern 110 neue Schulbusse rund 9'000 Kindern in ländlichen Streusiedlungen den sicheren Zugang zur Schule. Zudem wurden in 57 abgelegenen Gemeinden Lettlands in 115 älteren öffentlichen Schulen Brandmeldeanlagen installiert, was die Sicherheit von rund 14'000 Schülerinnen und Schülern garantiert. In Estland modernisierte die Schweiz die Notfalldienste, so dass sich deren Reaktionszeit und die Versorgungsqualität der Patienten landesweit erhöht haben. Ebenfalls in Estland wurde zusammen mit Schweizer Fachkräften der Umgang mit drogenabhängigen Straffälligen verbessert.

Beitrag an die EU-10 Staaten: 19 Millionen Franken.



Prävention

Mit Präventionskampagnen, die rund 1,5 Millionen Menschen erreichten, hat Polen Zahnproblemen, Hepatitis C sowie Alkohol- und Tabakkonsum vorgebeugt. Diese Präventionsprogramme haben alle zeitgemässe Kommunikationsmittel wie Sozialmarketing und Internetplattformen eingesetzt, um eine breite Schicht der polnischen Bevölkerung für Krankheitsrisiken zu sensibilisieren und über diese aufzuklären.

Beitrag an die EU-10 Staaten: 17 Millionen Franken.



Zehn Gemeindezentren im Osten der Slowakei fördern die Integration der Roma-Bevölkerung. © DEZA

„Was kann wichtiger sein als die Gesundheit von Müttern und Neugeborenen? Was kann bedeutender sein als der Beginn eines neuen Lebens auf dieser Welt und die Freude einer glücklichen Mutter? Diese rhetorischen Fragen brauchen keine Antwort. Wir sind hochofret und möchten der Schweiz unseren aufrichtigen Dank aussprechen. Dank ihrer Unterstützung wurden in litauischen Spitälern hervorragende, behagliche und sichere Bedingungen für schwangere und gebärende Frauen sowie Neugeborene geschaffen.“ Aurelijus Veryga, Gesundheitsminister Litauens über die Schweizer Unterstützung für 27 litauische Spitäler

Öffentliche Sicherheit erhöhen

Knapp 88,1 Millionen Franken wurden für Massnahmen zur Sicherung der Grenzen, für die Modernisierung des Gerichtswesens, für die Bewältigung von Naturkatastrophen und für die Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Korruption bereitgestellt. Menschenhandel, illegale Migration und Schmuggel sind internationale Probleme, an deren Lösung auch die Schweiz interessiert ist.



Grenzsicherheit

Bei fünf Grenzübergängen in Estland und Polen erleichtern bessere Infrastruktur und Ausrüstung die Abwicklung des Grenzverkehrs. Ferner wurden in Polen mobile Einsatzgruppen mit 105 speziellen Fahrzeugen ausgerüstet, um die Bewachung der fast 1'200 Kilometer langen Schengen-Aussengrenze zu verbessern.
Beitrag an die EU-10 Staaten: 27,7 Millionen Franken.



Modernisierung des Gerichtswesens

Die Verwendung von moderner Informationstechnologie zur Effizienzsteigerung im Gerichtswesen ist ein gesamteuropäisches Anliegen. In den drei baltischen Staaten sowie in der Slowakei wurden über 160 Gerichte und Gefängnisse mit teilweise mobiler, moderner Technologie für Videokonferenzen oder Audioaufnahmen ausgestattet. Ungarische Gerichtsgebäude erhielten eine bessere IT-Ausrüstung, 108 Metalldetektoren und 52 Röntgenscanner.
Beitrag an die EU-10 Staaten: 20,7 Millionen Franken.



Bewältigung von Naturkatastrophen und Notsituationen

In Ungarn hat die Regierung mit dem Kauf von aufblasbaren mobilen Dämmen aus der Schweiz und mittels Ausbildung von Fachpersonen ihre Reaktionsfähigkeit bei Hochwasser wesentlich verbessert. In Polen und der Tschechischen Republik erhielten Behörden Unterstützung im Umgang mit Not- und Krisensituationen. In Estland wurden Fachleute zur Verbesserung des Brandschutzes ausgebildet und 175 Spitäler mit Rettungsdecken und feuerfestem Bettmaterial ausgerüstet.
Beitrag an die EU-10 Staaten: 16 Millionen Franken.



Innere Sicherheit und Integration von Migranten

Die Anzahl der Verkehrstoten konnte in Polen seit 2012 um rund 17% gesenkt werden – nicht zuletzt dank von der Schweiz unterstützten Polizeiausbildungen und verkehrsberuhigenden Massnahmen. In Ungarn erfolgte ausserdem die Einführung des Konzepts der bevölkerungsnahen Polizei (Community Policing) in kleineren Städten, dies in Zusammenarbeit mit Fachkräften aus der Schweiz. In der Tschechischen Republik erhielten die Einsatzkräfte der Polizei Schutzausrüstungen. In Polen wurde die Integration von Migrantinnen und Migranten gefördert sowie die medizinischen Untersuchungen bei Asylsuchenden verbessert.
Beitrag an die EU-10 Staaten: 12 Millionen Franken.



Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität

Über 3'000 Polizeiangestellte profitierten von Weiterbildungskursen. Parallel dazu wurde die technische Ausrüstung der Polizeieinsatzkräfte erneuert, und es wurden Informatiksysteme für die Ermittlung und Analyse finanziert. Die Mehrheit der Projekte förderte die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Justiz- und Sicherheitsbehörden sowie deren Integration in die europäischen Netzwerke. Auch die Zusammenarbeit mit Schweizer Behörden wurde unterstützt.
Beitrag an die EU-10 Staaten: 11,8 Millionen Franken.



Polizeiausrüstung und Weiterbildungen fördern die Bekämpfung organisierter Kriminalität und Korruption in Estland, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn. © DEZA

„Neue Ausrüstung und Ausbildung haben die Bekämpfung von organisiertem Verbrechen in Estland und an den EU-Aussengrenzen effizienter gemacht.“ Aleksander Miksjuk, Finanzbeamter in Estland über die von der Schweiz unterstützte automatische Nummernschilderkennung in Seehäfen



Dank neuer Ausrüstung und Schulungen sind polnische und slowakische Behörden besser auf Krisensituationen vorbereitet. © DEZA

Zivilgesellschaft stärken

Der Schweizer Beitrag finanzierte Projekte zur Förderung der Zivilgesellschaft in der Höhe von 69,2 Millionen Franken. Sie trugen zur Verbesserung von Lebensbedingungen bei und förderten Partnerschaften mit Schweizer Institutionen. Die Schweiz unterstützte mehr als 1'000 Projekte mit Beiträgen zwischen 10'000 und 250'000 Franken.



Nichtregierungsorganisationen (NROs)

In allen Ländern ausser Malta konnten lokale NROs Gesuche einreichen zur Finanzierung von Projekten, welche die Zivilgesellschaft stärken. Die rund 800 unterstützten Projekte waren vorwiegend in den Bereichen soziale Dienste und Umweltschutz angesiedelt. So wurden im Rahmen der sozialen Projekte Randgruppen unterstützt: zum Beispiel Kinder, welche in der Familie Gewalt erfahren haben, oder ältere Menschen, die in Armut leben. Weitere Projekte bezweckten die Unterstützung und Besserstellung von körperlich oder geistig behinderten Menschen. Im Bereich Umwelt erhielten beispielsweise Projekte in Umwelterziehung, biologischer Landwirtschaft oder Tierschutz finanzielle Beiträge. In über 50 Projekten fand ein fachlicher Austausch mit Schweizer Organisationen statt, und die Partnerorganisationen konnten sich in den Bereichen des Politikdialogs, Management und Finanzen weiterbilden. Als Resultat wurde sowohl die Qualität der sozialen Dienstleistungen verbessert, als auch die Rolle der NROs in der Gesellschaft und gegenüber den staatlichen Institutionen gestärkt.

Beitrag an die EU-10 Staaten: 53,2 Millionen Franken.



Bilaterale Partnerschaften

Die Partnerschaftsfonds unterstützten den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Partnerländern und der Schweiz. Gemeinden, Städte, Stiftungen und Vereine konnten sich gleichermassen beteiligen. Umgesetzt wurden rund 200 Projekte in Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn. Es entstanden wertvolle und nachhaltige Partnerschaften in den unterschiedlichsten Bereichen, wie zum Beispiel Langsamverkehr, Abfallbewirtschaftung, Kultur, Umweltbildung an Schulen oder soziale Eingliederung von Minderheiten.

Beitrag an die EU-10 Staaten: 16 Millionen Franken.



An 64 Projekten beteiligten sich Schweizer NROs. Eine litauische Stiftung arbeitete beispielsweise mit der Organisation Schweizer Tafel zusammen. © DEZA

„Das Institut international des Droits de de l’Enfant schätzte den tschechischen Ansatz, der verschiedene Fachleute zusammenbrachte, um einen interdisziplinären Ansatz für die Rechte des Kindes zu entwickeln. So ist ein professionelles Netzwerk entstanden, das sowohl für die Partnerinstitutionen als auch für die Betreuung gefährdeter Kinder wertvoll ist.“ Paola Riva Gapany, Direktorin des Schweizer Institut international des Droits de de l’Enfant über ein schweizerisch-tschechisches Partnerschaftsprojekt

Schweizer Interessen

Der Erweiterungsbeitrag ist in mehrfacher Hinsicht im Interesse der Schweiz.

Beziehungen zur EU festigen

Die Erweiterung der EU führt zur Stärkung von Stabilität, Demokratie, Wohlstand und Frieden in Europa. Mit dem Erweiterungsbeitrag unterstützt die Schweiz den Abbau von wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten innerhalb der EU und beteiligt sich damit solidarisch an den Kosten der Erweiterung.

Mit dem Erweiterungsbeitrag festigt die Schweiz nicht nur die bilateralen Beziehungen zu den neuen EU-Mitgliedstaaten, sondern auch zur gesamten EU. Der Erweiterungsbeitrag ist Teil der Schweizer Europapolitik und stärkt das Ansehen der Schweiz im Ausland.

Chancen für die Schweizer Wirtschaft nutzen

Die Erweiterung der EU hat der Schweiz viele Vorteile gebracht und erhebliche Export- und Investitionsmöglichkeiten eröffnet. Das Schweizer Engagement verbessert die Sichtbarkeit und damit auch die Chancen der Schweizer Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen, insbesondere im Rahmen der EU-Strukturfonds und des EU-Kohäsionsfonds. In einer Umfrage zeigte sich, dass kleinere und grössere Schweizer Unternehmen 2010-2015 mehr als 580 Aufträge im Umfang von rund zwei Milliarden Franken aus EU-finanzierten Projekten in den 13 Partnerländern erhalten haben. Da Schweizer Unternehmen gegenüber dem Bund keine Informationspflicht über erhaltene Aufträge haben, bildet diese Erhebung nur einen Teil der Aufträge ab.

Weiter gab es direkte Rückflüsse aus dem Erweiterungsbeitrag. Rund zehn Prozent der gesprochenen Beiträge kamen den im Programm involvierten Schweizer Unternehmen, Verbänden und Universitäten für ihre erbrachten Leistungen in den Partnerländern zugute. 88 bilaterale Forschungspartnerschaften ermöglichten ausserdem die Anmeldung von 28 neuen Patenten und stärkten so den Forschungsstandort Schweiz.

Partnerschaften stärken

Es entstanden mehrere hundert neue Partnerschaften zwischen Institutionen in den Partnerstaaten und der Schweiz. Diese sind für die Vernetzung der Schweiz in Europa sehr wertvoll. Die Zusammenarbeit fördert den Wissens- und Erfahrungsaustausch sowie die Schweizer Präsenz in Europa.

Grenzüberschreitende Herausforderungen annehmen

Zahlreiche Projekte waren im sicherheitspolitischen Interesse der Schweiz, da sie beispielsweise den Schutz der Schengen-Aussengrenzen, den Kampf gegen organisiertes Verbrechen oder die Integration von Migrantinnen und Migranten förderten. Auch die Umweltverschmutzung macht nicht an den Landesgrenzen halt. Schweizer Projekte halfen mit, Altlasten zu sanieren, die Luft- und Gewässerqualität zu verbessern und die Treibhausgase zu reduzieren

Ausblick

Die Projekte in Bulgarien und Rumänien laufen noch bis 2019, jene in Kroatien bis 2024. Regelmässige Projektberichte und -besuche stellen eine laufende Risikobeurteilung und zeitgerechte Massnahmen durch das SECO und die DEZA sicher.

Die Kohäsion in Europa steht heute unter anderem aufgrund der Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise und der Migrationsbewegungen weiterhin vor Herausforderungen. Per 1. Juni 2017 ist die erneuerte Rechtsgrundlage für den Schweizer Beitrag in Kraft getreten. Der Bundesrat hat am 23. November 2017 seinen Entscheid kommuniziert, die Weichen für einen neuen autonomen Beitrag der Schweiz an ausgewählte EU-Staaten zu stellen. Der Bundesrat will über den Zeitraum von 10 Jahren 1,302 Milliarden Franken für Projekte insbesondere in den Schwerpunktbereichen Berufsbildung und Migration einsetzen. Der Schweizer Beitrag soll die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Partnerstaaten stärken und die Perspektiven vor Ort verbessern. Das Schweizer Fachwissen im Bereich der Berufsbildung soll genutzt werden, um die Jugendarbeitslosigkeit in den Partnerländern zu reduzieren. Die Projekte im Migrationsbereich sollen zu einer besseren Bewältigung der Migrationsbewegungen beitragen. Entsprechend den Prioritäten der Partnerländer sollen die Mittel auch in anderen Bereichen wie Umwelt- und Klimaschutz, Förderung der Zivilgesellschaft, Forschungszusammenarbeit, Gesundheit und Sozialwesen, Privatsektorförderung sowie öffentliche Sicherheit eingesetzt werden. Gleichzeitig würde ein neuer Beitrag auch die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den Partnerstaaten und zur EU insgesamt weiter stärken. Der Bundesrat hat am 28. März 2018 die Vernehmlassung über den zweiten Schweizer Beitrag eröffnet. Die weiteren Schritte wird er im Lichte der Gesamtbeziehungen Schweiz – EU beurteilen. Der abschliessende Entscheid zur Genehmigung der entsprechenden Rahmenkredite liegt beim Parlament.

Weitere Informationen sind unter www.erweiterungsbeitrag.admin.ch in deutscher, französischer, italienischer und englischer Sprache erhältlich.

Anhang: Projektbeispiele aus den EU-10 Staaten

Umwelt schützen

Förderung erneuerbarer Energien in Slowenien
Die längste Solarlärmschutzwand



Dank einer Informationskampagne sind über 20'000 Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler für die Themen erneuerbare Energie und Energieeffizienz sensibilisiert. © SECO

Bisher stammte die grüne Energie in Slowenien fast ausschliesslich aus Wasserkraftwerken. Das wird sich nun ändern: Die Schweiz unterstützte in Slowenien ein Projekt, das auf andere erneuerbare Energien setzt.

Die EU hat sich im März 2007 darauf geeinigt, 20% des gesamten Energiebedarfs der EU bis 2020 mit erneuerbaren Energien aus Biomasse, Wasser, Wind und Sonne zu decken. Mit 3,68 Millionen Franken förderte die Schweiz die Nutzung erneuerbarer Energien in Gemeinden der slowenischen Küstenregion Primorska.

Energie aus Sonne und Biomasse

Das Projekt bestand aus drei Komponenten: Erstens wurde entlang eines Teilstücks der Autobahn Richtung Italien eine 648 Meter lange Lärmschutzwand mit Solarzellen bestückt. Mit dieser Fotovoltaikanlage – es ist die längste Solarlärmschutzwand im ganzen Land – produziert der Ort Šempeter den Strom für die gesamte öffentliche Beleuchtung.

Als zweite Projektkomponente unterstützte die Schweiz die Installation von insgesamt 12 Biomasseheizungen, die mittlerweile 29 ausgewählte öffentliche Gebäude mit lokalen Holzchips oder –pellets kostengünstig und nachhaltig beheizen. Zwölf der öffentlichen Gebäude wurden zusätzlich energieeffizient renoviert. Zu den Gebäuden gehören Schulen und Kindergärten mit fast 2'000 Kindern sowie zwei Informationszentren des Triglav-Nationalparks mit 45'000 Besuchern pro Jahr. Dank dem Umstieg auf Biomasse und dank den Renovationen reduzieren sich die Heizkosten in diesen Gebäuden um rund 50% und der Energieverbrauch um 30%.

Informationskampagne

Der dritte Projektteil beinhaltete die Informationsarbeit. Im Triglav-Nationalpark, in den Schulen und in der Nähe der Solar-Lärmschutzwand wurden Bildschirme aufgestellt, welche die Produktion von erneuerbarer Energie und die CO₂-Einsparungen laufend anzeigen. Über lokale Veranstaltungen, Prospekte, Lehrbücher, Internet und Medien wurden die breite Öffentlichkeit, lokale Wirtschaftsvertreter sowie rund 20'000 Lehrer und Schüler sensibilisiert. In Cerkno entstand ein neues Eco-Haus, wo sich Schulklassen des ganzen Landes über Nachhaltigkeitsthemen informieren. Ein renommiertes Wirtschaftsmagazin zeichnete das Projekt im Frühjahr 2015 als das erfolgreichste und nachhaltigste Bildungsprogramm in ganz Slowenien aus.

Überwachung der Umwelt in Estland **Atemberaubend und wasserfest**



Die Beobachtung der Sedimententwicklung in der Küstenregion ermöglicht es, Massnahmen zur Risikobegrenzung in Zusammenhang mit dem Klimawandel zu treffen. © Arno Mikkor (Fotograf), Nationale Koordinationsstelle Estland

Die Schweiz stattete estnische Laboratorien und Überwachungsstationen mit modernen Geräten aus und finanzierte die Schulung des Personals. Dadurch verfügt Estland über flächendeckende und zuverlässige Umweltdaten in den Bereichen Wasser, Luft, radioaktive Strahlung und Naturgefahren.

Im dünn besiedelten Estland gibt es weite Gebiete, wo die Natur unberührt ist. Die Nähe zum Wasser prägt das Land. Estland verfügt über mehr als 1'500 Inseln und 1'000 Seen. Die Küste ist 3'800 Kilometer lang, zahlreiche Sümpfe, Hochmoore und Wälder prägen das Landschaftsbild.

Um diese einmalige Naturlandschaft zu erhalten, ist es wichtig, zuverlässige Umweltdaten erheben zu können. Nur so sind die estnischen Behörden in der Lage, fundierte Entscheidungen zum Schutz der Umwelt zu treffen. Besonders wichtig sind für Estland eine hohe Luft- und Wasserqualität, Strahlenschutz und das Verhindern von Naturkatastrophen. Deshalb wurde die Umweltüberwachung insbesondere in diesen Bereichen verbessert.

Moderne Geräte und Weiterbildungen

Einerseits beteiligte sich die Schweiz am Kauf moderner Mess- und Analysegeräte. Andererseits musste auch das Personal entsprechend geschult werden. Gesamthaft beteiligte sich die Schweiz an elf Umweltüberwachungsprojekten. Darunter sind folgende:

- Das estnische Luftqualitätsnetzwerk wurde verbessert. Mit neuen Methoden und Analysegeräten können Schadstoffe und Feinstaub besser gemessen werden. Dies wiederum ermöglicht es, Aktionspläne gegen die Luftverschmutzung in städtischen Gebieten zu entwickeln. Schweizer und estnische Experten führten gemeinsam eine Messkampagne durch.
- Eine Schweizer Firma lieferte Geräte nach Estland, mit denen beispielsweise verschmutzte Gebiete oder der Transport gefährlicher Materialien mittels Satelliten geortet werden können.
- Forschende konnten Geräte kaufen, mit denen sie die Sedimententwicklung in der Küstenregion und den Zustand des Meerwassers beobachten. Die so erhobenen Daten sind die Grundlage für geeignete Gewässerschutzmassnahmen und um Risiken infolge des Klimawandels zu begrenzen.

Zuverlässige, flächendeckende und rasch verfügbare Umweltdaten

Dank der Umsetzung der elf Projekte kann Estland EU-Vorschriften im Bereich der Umweltüberwachung besser umsetzen und flächendeckend zuverlässige Daten sammeln. Die Kosten der Datenbeschaffung sanken um 40%.

Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern

Reform des Berufsbildungssystems in der Slowakei
Berufliche Perspektiven für Jugendliche



Die Ausbildung an der Berufsschule für Lebensmittelverarbeitung und Hoteldienstleistungen in Bratislava bereitet die Lehrlinge auf den slowakischen Arbeitsmarkt vor. © DEZA

Die Schweiz unterstützte die Reform des slowakischen Berufsbildungssystems. Die geförderte Zusammenarbeit zwischen Berufsschulen, Branchenverbänden und Arbeitgeberorganisationen ermöglichte es, Berufsausbildungsprogramme besser auf die Anforderungen des slowakischen Arbeitsmarktes auszurichten.

Das duale Bildungssystem ist eine Stärke der Schweiz. Dank des engen Bezugs ihrer Berufsbildung zur Arbeitswelt verfügt die Schweiz im Vergleich zu anderen europäischen Ländern über einen hohen Anteil an gut qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Praxisbezogene Ausbildung erhöht Chancen auf dem Arbeitsmarkt

Die Jugendarbeitslosigkeit in der Slowakei ist sehr hoch und lag zu Projektbeginn bei über 30%. Gleichzeitig klagten viele Branchen, dass es schwierig sei, gut ausgebildetes Personal zu finden. Sie wünschten sich einen verstärkten Praxisbezug in der Berufsbildung. Die Berufsschulen stimmten ihre Ausbildungsprogramme ungenügend auf die von den lokalen Unternehmen benötigten Kenntnisse ab. Die Ausbilderinnen nahmen wenig Rücksicht auf Prognosen, wie sich der slowakische Arbeitsmarkt weiterentwickeln würde. So entstanden Lücken zwischen den erworbenen Fähigkeiten und den Wünschen der Betriebe, was zur hohen Arbeitslosenquote von Jugendlichen beitrug.

Im Rahmen des Projekts wurde in enger Zusammenarbeit mit dem slowakischen Bildungsinstitut und dem Eidgenössischen Hochschulinstitut für Berufsbildung eine Reform des Berufsbildungssystems erreicht. So wurden Ausbildungsprogramme und Lehrgänge entwickelt, die sich stärker am Arbeitsmarkt orientieren. Lehrpersonal für Berufsschulen sowie Lehrmeisterinnen und –meister wurden innerhalb von Betrieben ausgebildet und landesweit wurde für die Vorteile der Berufsbildung geworben.

Positive Bilanz

Gemeinsam mit Berufsschulen, Berufsverbänden und Arbeitgeberorganisationen wurden Ausbildungsprogramme in den Branchen Technik, Chemie, Bäckerei-Konditorei, Glas, Bau und Coiffure an die Anforderungen des slowakischen Arbeitsmarktes angepasst. Die 440 Absolventinnen und Absolventen dieser Ausbildungsprogramme im Jahr 2017 fanden deshalb leichter eine Anstellung.

Meilenstein: Erfolgreiche Reform

Aufgrund der positiven Erfolge hat die slowakische Regierung gesetzliche Änderungen beschlossen, die auf den Erfahrungen aus dem Projekt aufbauen. 2015 verabschiedete das slowakische Parlament das neue Berufsbildungsgesetz und schuf so die nationale Rechtsgrundlage für das duale Bildungssystem. Das Gesetz basiert zu Teilen auf dem Schweizer Modell. Durch die Reform wird die duale Berufsbildung in der Slowakei gestärkt, was dazu beiträgt, dass die Arbeitslosigkeit verringert und jungen Menschen an ihrem Wohnort bessere Perspektiven geboten werden.

Mikrokredite für Kleinunternehmen und selbständig Erwerbende in Lettland **Auswege aus der Arbeitslosigkeit**



Ein Landwirtschaftsbetrieb im lettischen Eleja konnte sich mit einem Mikrokredit ein neues Auto und Saatgut kaufen. Acht Familienmitglieder arbeiten auf der Farm. Saisonal können zusätzlich vier Mitarbeiter angestellt werden. © SECO

Infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise stieg die Arbeitslosenquote Lettlands massiv an. Ein Mikrokreditprogramm erleichtert Kleinunternehmen und selbständig Erwerbenden den Zugang zu Krediten und schafft dadurch neue Arbeitsplätze.

Nach Jahren des Booms brach Lettlands Wirtschaft 2008 aufgrund der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise ein. Die Wirtschaftsleistung des Landes schrumpfte 2009 um 18% – so dramatisch wie in keinem anderen Land der EU. Die Arbeitslosenquote nahm massiv zu und stieg 2010 auf knapp 20%.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, beschloss die lettische Regierung, Mikrounternehmen mit staatlichen Geldern den Zugang zu Krediten zu erleichtern. Denn rund drei Viertel der lettischen Firmen sind Mikrounternehmen mit weniger als neun Beschäftigten. Mit einem Beitrag in der Höhe von 7,92 Millionen Franken begünstigte die Schweiz weitere Firmengründungen und somit auch die unternehmerische und wirtschaftliche Entwicklung Lettlands.

Ziele übertroffen

Das Ziel des Programms war es, 650 Kredite zu vergeben und dadurch 900 Arbeitsplätze zu sichern. Dieses Ziel wurde übertroffen: Mit dem Schweizer Beitrag konnten mehr als 1'000 Mikrokredite vergeben und mehr als 2'500 Stellen gesichert werden. 49% der Mikrokredite wurde im Bereich Land- und Forstwirtschaft vergeben. 22% kam dem Dienstleistungsbereich zu, 15% dem Handelssektor und 10% dem verarbeitenden Gewerbe. Die regionale Verteilung war ausgeglichen und auch Randregionen konnten profitieren.

Entwicklungsbank mit langjähriger Erfahrung

Mit der Umsetzung des Projekts wurde die lettische Entwicklungsbank ALTUM beauftragt. Diese Bank setzt seit 1995 Kreditprogramme um. ALTUM hatte einen Kreditfonds eingerichtet und unter folgenden Bedingungen Kredite vergeben:

- Selbständig Erwerbende und Kleinunternehmen mit weniger als neun Mitarbeitenden konnten sich für Mikrokredite in der Höhe von maximal 14'000 Euro bewerben. Ab 7'000 Euro mussten sie sich mit mindestens 10% Eigenkapital beteiligen. Die Zinsen lagen bei 5-8% pro Jahr.
- Kreditnehmern, die sich an alle Vorgaben im Kreditvertrag gehalten haben, wurde ein Teil der Rückzahlung erlassen. Bei Kreditnehmern aus grösseren Städten durfte dieser Betrag 700 Euro und in regionalen Gebieten 1'000 Euro nicht übersteigen.
- 97,6% der Mikrokredite wurden zurückbezahlt. ALTUM nutzt diese Rückzahlungen, um daraus weitere Mikrokredite zu vergeben.

Soziale Sicherheit erhöhen

Energieeffizienz, moderne Ausrüstung und gut ausgebildetes Gesundheitspersonal in Litauen
Gesundheit von Mutter und Kind



Mit dem Gesundheitsprogramm in Litauen wurden die Sterblichkeitsraten von Mutter und Kind gesenkt sowie die Energieeffizienz und das Raumklima in Geburtenabteilungen verbessert. © SECO/DEZA

Dank der Schweizer Unterstützung haben sich die Rahmenbedingungen für Mütter und Neugeborene in Litauen stark verbessert. Die Schweiz finanzierte in 27 Spitälern moderne medizinische Geräte, energieeffiziente Renovationen und Weiterbildungen.

Trotz enormer Fortschritte im litauischen Gesundheitssystem seit Anfang der Neunzigerjahre lagen die Mütter- und die Säuglingssterblichkeit 2010 nach wie vor über dem europäischen Durchschnitt. Das Gesundheitssystem war zwar gut organisiert, Infrastruktur und Ausrüstungen waren aber ungenügend. Auch im Bereich der Energieeffizienz bestand Aufholbedarf. Die meisten litauischen Spitäler wurden zwischen 1960 und 1980 im damaligen Sowjetstandard gebaut.

Säuglingssterblichkeit und Energieverbrauch gesenkt

Dank der Schweizer Unterstützung haben sich die Bedingungen für Neugeborene und Mütter in Litauen inzwischen erheblich verbessert. Bemerkenswert ist insbesondere die seit 1992 um 80% gesunkene Säuglingssterblichkeit.

Konkret wurden mit dem Schweizer Beitrag folgende Resultate erzielt:

- 27 Spitäler wurden mit modernen medizinischen Geräten ausgerüstet.
- Mehr als 2'300 Pflegerinnen und Pfleger haben an Schulungen teilgenommen.
- Zur Standardisierung und Systematisierung der wichtigsten Krankheitsbilder wurden 70 Diagnose- und Behandlungsrichtlinien erarbeitet.
- Türen, Fenster, Dächer und Wände wurden renoviert oder ersetzt, um das Raumklima zu verbessern, Unterhaltskosten zu senken und den Energieverbrauch zu reduzieren.
- Die Anlagentechnik – Heiz- und Wasserversorgungssysteme, elektrische Installationen, Lüftung, Ventilation – wurde modernisiert. Die Installation von Wärmepumpen und Solarkollektoren ermöglicht die Nutzung erneuerbarer Energien.

Kontinuität der Unterstützung

Die Unterstützung knüpfte an die Schweizer Transitionshilfe in den Neunzigerjahren an, mit der die Gesundheit von Müttern und Kindern in Litauen bereits verbessert werden konnte. Der medizinische Fachbereich für Säuglinge in Litauen sei Dank dem langjährigen Austausch mit der Schweiz auf beachtlichem Niveau, lobte Litauens Präsidentin Dalia Grybauskaitė bei ihrem Staatsbesuch in Bern 2015. Das Programm ermöglichte auch eine Spitalpartnerschaft mit dem Universitätsspital Genf und Schweizer Firmen erhielten Aufträge im Umfang von 2,3 Millionen Franken.

Öffentliche Sicherheit erhöhen

Verbessertes Grenz- und Migrationsmanagement in Polen

Sichere Grenzen und bessere Integration von Migranten



In Polen wurde die Grenzsicherheit erhöht. 90% der mobilen polnischen Grenzwachter konnten ihre Fachkenntnisse dank Schulungen vertiefen. © DEZA

In Polen investierte die Schweiz in eine Modernisierung von Grenzübergängen an der EU-Aussengrenze sowie in die Aus- und Weiterbildung von Fachpersonen im Bereich der Integration und des Migrationsmanagements. Dadurch wurde die Funktionsweise der Schengen-Ostgrenze effizienter und der Integrationsprozess von Migrantinnen und Migranten nachhaltiger gestaltet. Dies ist nicht nur für Polen und die EU wichtig, sondern fördert insgesamt auch die Sicherheit der Schweiz.

Polen hat mit knapp 1200 Kilometern eine der längsten Schengen-Aussengrenzen der EU. Die Infrastruktur an Grenzübergängen ist hingegen oft veraltet und renovationsbedürftig, wodurch Grenzkontrollen oft nicht effizient ausgeführt werden können.

Erhöhung der Sicherheit an der EU-Aussengrenze

Der Erweiterungsbeitrag investierte deshalb in eine moderne und zeitgemässe Ausrüstung an der Schengen-Aussengrenze. An der Grenze zu Weissrussland wurden zwei Grenzübergänge für den Auto- und Bahnverkehr renoviert und so ausgerüstet, dass sie Schengen-Standards erreichen. Dank gezielten Infrastrukturinvestitionen können an diesen Grenzübergängen fortan auch Lebensmittelkontrollen und grenztierärztliche Untersuchungen durchgeführt werden. Vor dem Hintergrund des stark wachsenden Grenzverkehrs kann das Grenzpersonal nun seine Aufgabe effizienter erfüllen und den Schmuggel von Personen und Gütern dank funktionierenden Grenzkontrollen und Zollabfertigungen besser bekämpfen. Durch Weiterbildungsseminare mit Grenzschützern der Schweiz und Polens hat zudem ein Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch stattgefunden, von dem beide Seiten profitieren konnten.

Verbessertes Migrationsmanagement

In den vergangenen Jahren ist die Anzahl an Migrantinnen und Migranten in Polen gestiegen. Die Schweiz hat Polen deshalb dabei unterstützt, die institutionellen Kapazitäten im Migrationsmanagement auszubauen. Insgesamt profitierten 72 polnische Institutionen, darunter 26 NROs sowie Vereinigungen von Migrantinnen und Migranten von Weiterbildungsseminaren zu Migrations- und Diversitätsmanagement sowie Kursen zur polnischen Kultur.

Die Gründung einer landesweiten Plattform zu Migration für Diaspora-Vereinungen, NROs sowie staatliche Stellen hat den Austausch zwischen den verschiedenen Akteuren verbessert. Dank diesem Austausch konnten sich staatliche Stellen vor dem Verfassen neuer Richtlinien zu Migration besser über die Erwartungen und Bedürfnisse der betroffenen Organisationen informieren. Diese Massnahmen fördern auch den interkulturellen Dialog, das Verständnis für Themen rund um die Migration und die interkulturellen Kapazitäten derjenigen Akteure, die den Integrationsprozess beeinflussen.

Prävention und Bewältigung von Überschwemmungen in Nordost-Ungarn
Hochwasserschutz mit Schweizer Fachwissen



Arbeiter sichern das Ufergelände des ungarischen Flusses Theiss gegen Überschwemmungen ab. © DEZA

Angepasste Notfallpläne, leicht transportierbare Notfalldämme und die Stabilisierung von Schutzwällen haben die Überschwemmungsgefahr in Nordost-Ungarn stark reduziert. So sind in Zukunft Tausende Menschen besser vor Hochwasser geschützt. Die ETH Zürich sowie ein Schweizer Unternehmen waren eng in die Projektumsetzung eingebunden.

Als Folge des Klimawandels und menschlicher Eingriffe wie Waldrodungen haben sich Hochwasser-Risiken entlang der Theiss und anderen Flüssen Nordost-Ungarns in den letzten Jahren stark erhöht. Häufigere Überschwemmungen, welche grosse Schäden anrichteten, waren die Folge. Mit ihren Projekten und dank der Erfahrung aus dem eigenen Land unterstützte die Schweiz die ungarischen Behörden darin, den Hochwasserkatastrophen mit geeigneten Schutzmassnahmen vorzubeugen.

Im Notfall besserer Schutz vor Überschwemmungen

Am Theiss-Ufer in der Nähe zur Ukraine wurden mit Luftaufnahmen Daten zur topographischen Situation und zur Vegetation entlang des Flussufers gesammelt. Darauf aufbauend wurden die Notfallpläne für Schutzmassnahmen bei Hochwasser auf den neuesten Stand gebracht und Dämme über rund 120 Kilometer kontrolliert. Dies war besonders wichtig, da es im ukrainischen Teil des Flusses keine Sicherheitsreservoirs zum Auffangen von Wasser bei starkem Regenfall gibt. Zusätzlich wurden die ungarischen Behörden mit 12,5 Kilometer mobilen Schutzdämmen ausgerüstet, welche ein Schweizer Unternehmen liefern konnte. Ähnlich wie in der Schweiz können sie dadurch rasch auf ansteigende Wasserspiegel reagieren und die leicht transportierbaren Dämme rasch an den grössten Gefahrenstellen des Landes einsetzen.

Zuverlässige Prognosemeldungen für Hochwasser

Ergänzend dazu wurde für das Einzugsgebiet der Theiss ein zuverlässiges Prognosemodell für Hochwasser entwickelt. Schweizer Experten der ETH Zürich unterstützten die Erarbeitung des komplexen Prognose-Modells. Kombiniert mit einem Netzwerk für hydrologische Messungen (Wasserstand, Temperatur und Niederschläge) und sicheren Kommunikationswegen für Entscheidungsträgerinnen und -träger im Krisenfall ist es nun möglich, schnellere Entscheide zur Eindämmung von Hochwasser zu treffen.

Partnerschaftsfonds in der Tschechischen Republik **Partnerschaften für die Zukunft**



Die 98 Partnerschaftsprojekte zwischen der Schweiz und der Tschechischen Republik ermöglichten den fachlichen Austausch beispielsweise im Bereich Verkehr. © DEZA

Ein Partnerschaftsfonds förderte 98 bilaterale Partnerschaften zwischen Schweizer und Tschechischen Institutionen, die dem Erfahrungsaustausch dienen - beispielsweise in den Bereichen Langsamverkehr, pädagogische Ausbildung und Umweltschutz. Die Partnerschaften auf lokaler und nationaler Ebene stärkten die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Tschechischen Republik.

Die Schweiz verfügt in vielen Bereichen wie beispielsweise dem Umweltschutz oder im Sozialbereich über einen hohen Wissensstand. Aufgrund meist historisch bedingter fehlender Erfahrung in den Partnerstaaten können Schweizer Organisationen somit viel zu positiven Entwicklungen beitragen. So unterstützte die Schweiz beispielsweise in der Tschechischen Republik eine Studie zu Kinderrechten, welche für eine Gesetzesänderung und den dazugehörigen landesweiten Aktionsplan zu Rate gezogen wurde.

Partnerschaft für den Langsamverkehr

Ein weiteres Projektbeispiel gibt Einblick in das vielfältige Portfolio von Partnerschaftsprojekten. Die Schweiz verfügt über reichhaltige Erfahrung im Bereich des Langsamverkehrs. Die Stiftung SchweizMobil fördert durch ausgewählte Routen für Fussgänger, Fahrradfahrer, Inline-Skater und sogar für Kanus die Fortbewegung ohne Motor. Das tschechische Gegenstück dazu ist das Greenway Programm der tschechischen Organisation Nadace Partnerství. Gegenseitige Besuche regten Ideen an, wie das Modell von SchweizMobil in der Tschechischen Republik umgesetzt werden kann. In der Folge wurden Radtouren als vielversprechendes Angebot zur Förderung des Langsamverkehrs in der Tschechischen Republik identifiziert, wofür das Greenway Programm nun erfolgreich eine eigene Website betreibt.

Gestärkte bilaterale Beziehungen

In der Tschechischen Republik bleiben viele Partnerschaften, die durch den Erweiterungsbeitrag gefördert wurden, auch nach Abschluss der Beitragsperiode bestehen. Lukas Stadtherr von SchweizMobil bestätigt dies: „Die Zusammenarbeit mit unseren tschechischen Partnern war extrem motivierend und ein Mehrwert für beide Seiten. Die Kontakte, welche so entstanden sind, wurden kontinuierlich ausgebaut und werden weiterhin gepflegt, unter anderem innerhalb des europäischen Netzwerks EuroVelo.“ Insgesamt wurden in der Tschechischen Republik in 98 Projekten 4,11 Millionen Franken investiert. Als Partner wirkten Stiftungen, Vereine, Gemeinden und Städte.

Impressum

Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA

3003 Bern

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

3003 Bern

Gestaltung:

Mark Manion, Communication Arts

Download:

www.erweiterungsbeitrag.admin.ch (Rubrik Publikationen)

Fachkontakt:

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA

Abteilung Neue EU-Mitgliedstaaten

Freiburgstrasse 130

3003 Bern

Telefon: +41 58 462 68 46

swiss-contribution@eda.admin.ch

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Ressort Erweiterungsbeitrag/Kohäsion

Holzikofenweg 36

3003 Bern

Telefon: +41 58 462 78 24

swiss-contribution@seco.admin.ch

www.erweiterungsbeitrag.admin.ch

Bern, Mai 2018